

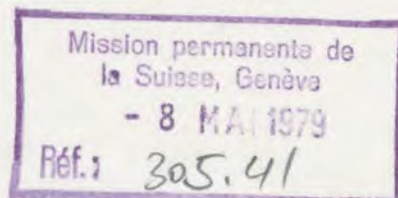


EIDGENÖSSISCHES POLITISCHES DEPARTEMENT
 DÉPARTEMENT POLITIQUE FÉDÉRAL
 DIPARTIMENTO POLITICO FEDERALE

o.721.21(32e)-GR/fb

Bern, den 7. Mai 1979

Bitte dieses Zeichen in der Antwort wiederholen
 Prière de rappeler cette référence dans la réponse
 Pregasi rammentare questo riferimento nella risposta



Ständige Mission der Schweiz bei
 den Internationalen Organisationen
 zu Hd. der schweizerischen
 Delegation bei der WHA

Genf

32. Weltgesundheitsversammlung :
politische und finanzielle Fragen

U. K.
29

*placopie c. et
 dominica au Dr. Fey*

8.5.79

Herr Botschafter,

Wir danken Ihnen bestens für die verschiedenen Schreiben und Nachrichten im Hinblick auf die 32. Weltgesundheitsversammlung (WHA). Sie haben uns bei der Festlegung unserer Haltung zu den verschiedenen Fragen sehr geholfen. Nachstehend geben wir Ihnen unsere Stellungnahme zu den politischen und finanziellen Problemen bekannt, die an der diesjährigen WHA auftauchen können. Wir sind der schweizerischen Delegation dankbar, wenn sie uns regelmässig über die Entwicklungen auf dem laufenden hält und uns allfällige Resolutionsentwürfe so frühzeitig wie möglich zukommen lässt.

1. Wahlen in den Exekutivrat

In der europäischen Region (Ost und West sowie Algerien und Marokko) werden drei Sitze frei (Griechenland, Grossbritannien, Tschechoslowakei). Ursprünglich haben sich dafür sieben Kandidaten gemeldet: die Niederlande, Norwegen, die Türkei, Spanien, Malta, Marokko und Rumänien. Marokko und Spanien haben ihre Kandidatur inzwischen zurückgezogen, wobei Marokko neustens erwägen soll, doch noch zu kandidieren.

In der europäischen Gruppe war das Verhältnis Ost-West traditionell 2:5. Vorübergehend (die UdSSR kam zurück, ohne dass ein anderes osteuropäisches Mandat abgelaufen war) veränderte sich das Verhältnis auf 3:4. Wir sind der Meinung, dass jetzt de

Moment ist, wieder zu 2:5 zurückzukehren.

Aus diesem Grunde sollte die Schweiz nicht für Rumänien stimmen. Eine Stimmabgabe für Malta kommt aus verschiedenen Gründen ebenfalls nicht in Frage (vor allem: drängt sich überall auf europäischer Quote ein, beispielsweise FAO, um dann arabische Karte [gute Verbindung zu Libyen] und Karte der "77" zu spielen). So bleiben denn die Niederlande, die Türkei, Norwegen und eventuell Marokko übrig. Die schweizerische Stimme wäre auf jeden Fall den Niederlanden und der Türkei zu geben. Bei Norwegen sind wir etwas zurückhaltend, weil wir wenig Interesse haben, den "nordischen" Anspruch auf einen ständigen Sitz zu unterstützen. Es wäre daher zu überlegen, ob nicht eher Marokko zu stimmen wäre, falls es seine Kandidatur schließlich doch noch präsentiert. Wir lassen der Delegation freie Hand, ob sie je nach allgemeinem Klima Norwegen oder Marokko stimmen will.

2. Die allfällige Suspendierung Israels oder Aegyptens

Artikel 7 der WHO-Verfassung sieht vor, dass ein Mitgliedstaat, der seinen finanziellen Verpflichtungen nicht nachkommt, "ou dans toutes autres circonstances exceptionnelles", in seinen Rechten suspendiert werden kann. Seit Jahren wird diese Massnahme Israel ange droht.

Nach Camp David und erst recht nach der Unterzeichnung des ägyptisch-israelischen Friedensvertrages versuchen die arabischen Staaten, auch in den internationalen Organisationen Massnahmen gegen Israel und möglicherweise sogar gegen Aegypten zu ergreifen.

Bereits im Dezember 1978 hatten die irakische und die libysche Botschaft in Madrid eine Note an zahlreiche in Spanien akkreditierte Vertretungen gerichtet, in welcher der Ausschluss Israels aus der WHO verlangt wurde. Vor einiger Zeit haben die Gesundheitsexperten der Blockfreien in Havanna auf Initiative des Irak - unterstützt von Libyen - den Gesundheitsministern empfohlen, die Anwendung des erwähnten Artikel 7 zu prüfen. Wir haben zurzeit noch keine Kenntnis von der Stellungnahme der Gesundheitsminister der Blockfreien, die Anfang Mai in Genf tagen.

In einem Schreiben an den schweizerischen Gesundheitsminister vom 11. April 1979, dessen Kopie Sie in der Beilage erhalten, bittet der Gesundheitsminister von Kuwait um unsere Unterstützung eines arabischen Resolutionsentwurfs, der die Anwendung von Artikel 7 auf Israel verlangt. Wir haben die USA und - auf ihre Bitte - die Vertreterin der australischen Mission in Genf von diesem Schreiben in Kenntnis gesetzt.

Zum Teil gehen Gerüchte um, der Artikel 7 in seiner 1965 verabschiedeten Neufassung, der auch den Ausschluss aufgrund von konstanter Verletzung der Menschenrechte sowie Rassismus und Apartheid zulässt, sollte zur Anwendung gelangen. Dies ist schon deshalb nicht möglich, weil dieser Artikel erst von 52 Staaten ratifiziert wurde und zu seiner Inkraftsetzung von zwei Dritteln der WHO-Mitglieder ratifiziert werden müsste (d.h. über hundert Staaten).

Die Schweiz wird gegen jede Resolution stimmen, die den Ausschluss oder die Suspendierung Israels von den Arbeiten der WHO fordert. Ganz energisch müsste sich sich - auch aus rechtlichen Gründen - gegen die Anwendung des nicht in Kraft getretenen neuen Artikel 7 wehren. Aber auch die Suspendierung gemäss der geltenden Bestimmung ist nicht annehmbar.

Für alle Fälle bereiten wir eine Erklärung zur Stimmabgabe vor, die je nach Verlauf der Debatte und dem allfälligen Resolutionstext angepasst wird. Sie wird insbesondere hervorheben, dass wir uns jedem Ausschluss eines Mitgliedes aus einer internationalen Organisation widersetzen würden, da wir davon ausgehen, dass für eine wirkungsvolle Zusammenarbeit auf weltweiter Ebene die Mitwirkung aller Staaten erforderlich ist, gleichgültig ob wir mit deren Politik oder deren Haltung zu einzelnen Fragen einverstanden sind oder nicht. Dies entspricht den Prinzipien der Universalität und der Demokratie, denen wir verpflichtet sind.

Sollten ähnliche Massnahmen gegen Aegypten zur Diskussion stehen, wäre die gleiche Haltung einzunehmen.

Möglicherweise wird von arabischer Seite erwogen, das Regionalbüro der WHO von Alexandria in eine andere Stadt der Region zu verlegen.

Man kann natürlich davon ausgehen, dass es sich hier um ein regionales Problem handelt, aus dem wir uns heraushalten sollten. Da es sich aber nicht um einen Entscheid der Zweckmässigkeit handelt, sondern um eine politische Sanktion, die in die weltumfassende Organisation hineingetragen wird, wäre auch ein schweizerisches Nein denkbar. Sollte diese Frage ernsthaft zur Diskussion stehen, bitten wir Sie um eingehende Information über den Wortlaut der Texte und die Haltung anderer Mitgliedstaaten.

Was das Schreiben des Gesundheitsministers von Kuwait anbelangt, so wird Direktor Frey dem Minister in Genf unsere Haltung mündlich darlegen. Wir werden ausserdem unsere Botschaft in Kuwait über dieses Schreiben informieren und ihr unsere "Sprachregelung" bekanntgeben.

Wir bitten die schweizerische Delegation insgesamt den andern Delegationen, namentlich auch der Dritten Welt, unsere Besorgnis über die allfälligen Initiativen gegen Israel und Aegypten zur Kenntnis zu bringen und auf die schwerwiegenden Folgen eines Entscheids gegen eines dieser beiden Länder hinzuweisen: Politisierung, welche Fortschritte in der eigentlichen Arbeit der WHO zugunsten einer besseren Gesundheit der Völker hemmt, allfällige Reaktion der USA, die 25 Prozent an das WHO-Budget leisten (Verhinderung eines Rücktritts wie bei der ILO !).

Ein Passus über die Politisierung wird in der allgemeinen Erklärung Direktor Freys figurieren.

3. Sitzverlegung der WHO

9 An zwei Exekutivratssitzungen war die Rede von einer Verlegung des Sitzes der WHO. Zuerst wurde sie vom indischen Vertreter verlangt, der - nach unserer Demarche in New Delhi - seinen Vorschlag nicht erneuerte. Dagegen hielt der pakistanische Delegierte an der folgenden Session Genf als Sitz der WHO für "strikingly unsuitable". In der Zwischenzeit hat Tansania bei verschiedenen Missionen in Genf (unter den westlichen Staaten offenbar nur bei USA, Grossbritannien

und der Bundesrepublik Deutschland) ein Schreiben zirkulieren lassen, worin Dar es Salaam als neuer Sitz der WHO angeboten wird. Bis jetzt steht die Frage nicht auf der Tagesordnung der Versammlung. Ein entsprechender Antrag könnte indessen gemacht werden. Eine Demarche bei den zuständigen Behörden in Tansania hat nicht viel ergeben. Die Gesprächspartner waren nicht einmal auf dem laufenden, scheinen aber ein gewisses Verständnis für unsere Argumente zugunsten Genfs gezeigt zu haben

Wir bitten die schweizerische Delegation, sich bei den andern Delegationen dafür zu verwenden, dass der Sitz Genfs für die WHO nicht in Frage gestellt wird und die Angelegenheit nicht auf die Tagesordnung gebracht wird.

Für den Fall, dass das Thema in der Generaldebatte angeschnitten wird, haben wir einen kurzen Text für Direktor Frey vorbereitet. Sollte die Frage doch in einer Kommission zur Sprache kommen, so könnte die beigelegte schweizerische Erklärung abgegeben werden.

Im übrigen geben wir Ihnen in der Beilage noch ein Exemplar der Intervention, die Botschafter Marcuard an der 33. UNO-Generalversammlung über die Unentgeltlichkeit des CICG gemacht hat, für den Fall, dass Sie darauf angesprochen werden. Wir hoffen, dass das Parlament bis Ende 1979 über die "gratuité" entschieden hat. Dies ist aber angesichts der überlasteten Sessionen der Bundesversammlung noch keineswegs sicher.

4. Das Budget

Wir halten es für ein gutes Ergebnis der Bemühungen des "Geneva Group", dass das Budget der WHO die 2 Prozent Realerhöhung pro Jahr nicht überschreitet. Direktor Frey wird dem Sekretariat für seine Bemühungen danken. Wir können dem Budget zustimmen.

Allerdings scheint auch uns der Wechselkurs von 1 Dollar = 1.55 Schweizerfranken nicht den Realitäten zu entsprechen. Der Dollar hat sich in den letzten Monaten wieder erholt und ein Kurs um 1.70 wäre

vorzuziehen. Auf jeden Fall sollte sich eine gewisse Uebereinstimmung der Kurswerte zwischen den in Genf niedergelassenen Organisationen einpendeln.

Dass für Wechselkursschwankungen die "recettes occasionnelles" benützt werden können, scheint uns ausnahmsweise zu verantworten (d.h. für 1979). Es sollte aber nicht zur Gewohnheit werden ("recettes occasionnelles" als Spezialfonds für Wechselkursverluste). Deshalb sind Aktionen zur Bremsung dieser Politik zu unterstützen.

Als allgemeine Richtlinie bitten wir Sie, die Bemühungen des "Geneva Group" um Einsparungen zu unterstützen.

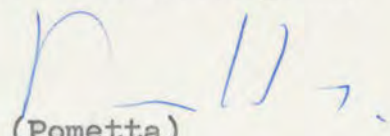
5. Programmevaluation

Wir begrüßen die Anstrengungen der internationalen Organisationen, ihre Programme periodisch zu evaluieren. In dieser Hinsicht dürfte die WHO aktiver sein. Wir sind daran, den Bericht des "corps commun d'inspection" über die Evaluierung und seine Empfehlungen zu prüfen und werden Ihnen vom Resultat unserer Untersuchungen sobald als möglich Kenntnis geben.

→ | Wir danken Ihnen nochmals für alle Ihre Bemühungen und bitten Sie vor allem, Herrn Jeanrenaud unseren verbindlichen Dank für seine ausgezeichnete Vorbereitungsarbeit zu übermitteln.

Wir versichern Sie, Herr Botschafter, unserer vorzüglichen Hochachtung.

Politische Abteilung III


(Pometta)

Beilagen:

- Schreiben des Gesundheitsministers von Kuwait vom 11.4.1979,
- Modell einer Erklärung gegen die Sitzverlegung der WHO,
- Erklärung über das CIGG an der 33.UNO-Generalversammlung